

ARGUMENTE FÜR EINE HUMANE FLÜCHTLINGSPOLITIK

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



NIEMAND FLIEHT FREIWILLIG

Wer in Europa Schutz sucht, hat großes Leid erlebt. Manche Menschen fliehen, weil sie aufgrund ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer politischen Anschauungen verfolgt werden. Andere wollen Kriegen und Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat entkommen. Dabei ist die Flucht nach Europa lebensgefährlich: 2016 starben über 5.000 Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Kein Mensch nimmt diese gefährliche Reise ohne triftigen Grund auf sich.

ASYL IST EIN MENSCHENRECHT

Dass ein Staat Flüchtlingen Schutz gewährt, ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern vor allem eine völkerrechtliche Verpflichtung. Nach Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat jeder Mensch das Recht, in einem anderen Land Asyl zu suchen, und Anspruch auf ein faires Asylverfahren. Außerdem verbietet die Genfer Flüchtlingskonvention, Personen in Länder zurückzuschicken, in denen ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Es ist also Europas Pflicht, Menschen in Not zu helfen.

EUROPA MUSS VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Die meisten Flüchtlinge kommen nicht nach Europa, sondern fliehen in ihre Nachbarländer. Rund 84 Prozent aller Schutzsuchenden werden von Ländern aufgenommen, die Flüchtlinge nicht angemessen versorgen können. Die EU erreichen nur wenige: 2015 kamen über die Ägäis und das Mittelmeer rund eine Million Menschen nach Europa, 2016 infolge der europäischen Abschottungspolitik nur noch 362.000. Indem die EU Schutzsuchende daran hindert, nach Europa zu kommen und hier Asyl zu beantragen, entzieht sie sich ihrer Verpflichtung zum Flüchtlingsschutz.

SCHÜTZEN STATT ABSCHOTTEN

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben in den vergangenen Jahren Milliarden für die Abschottung ihrer Grenzen ausgegeben. Bis 2015 haben allein die Zäune, die an den EU-Außengrenzen auf insgesamt 235 Kilometern Länge errichtet wurden, rund 175 Millionen Euro gekostet. Dazu kommen noch Hunderte Millionen Euro für hochentwickelte Überwachungssysteme, Grenzkontrollen, die Grenzschutzagentur Frontex und die Vorverlagerung europäischer Grenzen im Rahmen von Abkommen mit Drittstaaten. Doch anstatt Unsummen in die Abschottung Europas zu stecken, sollte die EU die Gelder lieber nutzen, um die Aufnahme von Asylsuchenden finanziell stärker zu unterstützen.

ES GIBT KAUM SICHERE FLUCHTWEGE

Wer in der EU Asyl beantragen will, muss sich auf dem Gebiet eines Mitgliedstaats befinden. Doch es gibt kaum sichere Wege dorthin. Im Juni 2015 beschloss der Europäische Rat, im Rahmen des UN-Neuansiedlungsprogramms für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge 20.000 Plätze bereitzustellen („Resettlement“). Dies ist jedoch weiterhin zu wenig, da laut UNHCR weltweit eine Million Menschen einen Resettlement-Platz brauchen. Die EU-Staaten müssen mehr Menschen aktiv aufnehmen, mehr Visa aus humanitären Gründen erteilen und den Familiennachzug erleichtern.

IN EUROPAS NACHBARSCHAFT DROHEN HAFT UND FOLTER

Um nach Europa zu gelangen, müssen Flüchtlinge in der Regel durch andere Staaten reisen. Meist ist das sehr gefährlich. In Libyen, einem der wichtigsten Transitländer, können Schutzsuchende auf unbestimmte Zeit inhaftiert werden. In den Haftzentren werden sie misshandelt und gefoltert. Die Unterstützung der libyschen Küstenwache durch die EU führt dazu, dass Flüchtlinge in Libyen in der Falle sitzen und durch die Küstenwache daran gehindert werden, den Weg nach Europa überhaupt anzutreten, um dort Schutz zu erhalten.

WELTWEIT IMMER MEHR MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Weltweit sind derzeit mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Mehr als 40 Millionen von ihnen sind Binnenvertriebene: Menschen, die innerhalb ihres Landes fliehen mussten. Der bewaffnete Konflikt in Syrien, die katastrophale Lage in Afghanistan oder die massive Unterdrückung in Eritrea werden weiterhin Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Diese Fluchtursachen lassen sich nicht auf die Schnelle beseitigen. Wir müssen jetzt handeln: Schutzsuchende brauchen sofort Schutz.

DIE MENSCHENRECHTE STEHEN AUF DEM SPIEL

Wir erleben in Deutschland seit einigen Jahren eine schleichende Aushöhlung des Menschenrechts, Asyl zu suchen, zum Beispiel durch das Asylpaket II. So werden die Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden als Folge innenpolitischer Diskussionen weiter eingeschränkt, etwa wenn es um die Möglichkeit des Familiennachzugs geht. Indem das Menschenrecht, Asyl zu suchen, verhandelbar gemacht wird, werden letztlich alle Menschenrechte zur Disposition gestellt. Deshalb ist ein Bekenntnis zum Recht, Asyl zu suchen, ein Bekenntnis zu den Menschenrechten.

ERST MENSCHEN, DANN GRENZEN SCHÜTZEN

Sie sind verzweifelt auf der Flucht vor Krieg, Vertreibung und Armut: Jedes Jahr versuchen Zehntausende Menschen, das Mittelmeer zu überqueren. Die europäische Abschottungspolitik zwingt sie, die gefährlichste Fluchtroute der Welt zu nehmen. Unzählige von ihnen ertrinken. Dieses grausame Sterben muss endlich gestoppt werden! Die EU ist verpflichtet, das Leben von Bootsflüchtlingen zu retten. Auch die Flüchtlinge auf der sogenannten Balkanroute werden zu Opfern der EU-Abschottungspolitik: Ihnen drohen Inhaftierungen, rechtswidrige Rückführungen an der Grenze und menschenunwürdige Lebensbedingungen.

Flüchtlinge an der serbisch-ungarischen Grenze im September 2015.



GEMEINSAM IM EINSATZ

Petitionen, Protestaktionen, Informationsveranstaltungen, Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft: Amnesty International setzt sich weltweit für eine humane Flüchtlingspolitik ein. Regelmäßig führen Amnesty-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter Ermittlungsmissionen in unterschiedlichen Ländern durch, um sich vor Ort selbst ein Bild der Lage zu machen. So reisten Amnesty-Delegationen in den vergangenen Jahren auf die italienische Insel Lampedusa, an die ungarisch-serbische Grenze oder nach Jordanien und in den Irak, um mit Flüchtlingen zu sprechen und ihre Situation in Berichten zu dokumentieren.

Amnesty-Mitarbeiterin im Gespräch mit Flüchtlingen während einer Recherche-Mission im Irak im August 2014.



FLÜCHTLINGSARBEIT IN DEUTSCHLAND

Bundesweit gibt es mehr als 200 ehrenamtliche Asyl-Beraterinnen und -Berater von Amnesty International, die Flüchtlingen bei allen Fragen rund um das Asylverfahren helfen. Sie nehmen regelmäßig an Schulungsseminaren teil, um eine qualifizierte Beratung zu gewährleisten. Darüber hinaus stellt Amnesty International Informationen zu den Herkunftsländern bereit und erstellt Gutachten für Gerichtsverfahren zur Einschätzung der Situation in den Herkunftsstaaten von Flüchtlingen.



Amnesty-Kundgebung für den Schutz von Flüchtlingen im September 2015 in Berlin

WIR HANDELN KONSEQUENT

Wir stellen uns der Verantwortung und zeigen, dass Menschenrechte nicht bloß Lippenbekenntnisse und „Schönwetterrechte“ sind. Deshalb fordern wir die konsequente Umsetzung des Rechts, Asyl zu suchen. Dazu gehört:

- die Durchführung fairer Asylverfahren
- die Gewährleistung sicherer und legaler Zugangswege
- die Entwicklung eines solidarischen gemeinsamen europäischen Asylsystems
- die Einhaltung menschenrechtlicher Standards bei Abkommen mit Drittstaaten



WERDEN SIE AKTIV!

Setzen Sie sich mit uns für eine bessere europäische Flüchtlingspolitik ein! Weitere Informationen finden Sie auf:

www.amnesty.de/fluechtlinge

AMNESTY INTERNATIONAL

Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V. · Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de

SPENDENKONTO · DE 233 702050 0000 8090100 · Bank für Sozialwirtschaft · BIC: BFSWDE33XXX

© Amnesty International, September 2017, V.i.S.d.P. Franziska Vilmar, Art.-Nr. 42016

www.amnesty.de [www.twitter.com/amnesty_de](https://twitter.com/amnesty_de)

www.facebook.com/amnestydeutschland

